

PRESSESPIEGEL

der CDU in Pankow
September 2025

Datum: 05.09.25	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

„Gefahrenabwehr“: Jetzt wird Pankows marodeste Straße asphaltiert

Berlin. Nach jahrelangem Streit um die völlig marode Friedrich-Engels-Straße in Pankow startet plötzlich die Reparatur. Ein extremes Tempolimit kippt.

Von Thomas Schubert, Leiter Bezirke 05.09.2025, 14:47 Uhr



Die Friedrich-Engels-Straße in Pankow: Hier gilt Tempo 10 wegen extremer Fahrbahnschäden, die auf lange Zeit irreparabel schienen. Doch jetzt sieht der Bezirk Risiken, die keinen Aufschub dulden. Gleich nach der Reparatur entfällt das Tempolimit. © Berliner Morgenpost | Thomas Schubert

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article409924681/gefahrenabwehr-jetzt-wird-pankows-kaputtteste-strasse-asphaltiert.html>

Datum: 06.09.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft

Gartenflohmarkt im ganzen Ortsteil

FRANZÖSISCH BUCHHOLZ.

Der Pankower CDU-Abgeordnete Johannes Kraft organisiert mit vielen Nachbarn einen Gartenflohmarkt. Der gesamte Ortsteil soll sich am Sonntag, 14. September, von 10 bis 16 Uhr in ein buntes Flohmarktparadies verwandeln. Kraft lädt alle Anwohner ein, sich zu beteiligen und ihre Vorgärten, Einfahrten und Garagen zum Stöbern, Feilschen und Entdecken zu öffnen. Der Markt folgt dem Vorbild im benachbarten Karow, wo es im Juni einen Gartenflohmarkt gab. Über 100 Haushalte beteiligten sich nach Angaben des CDU-Abgeordneten daran. Wer mitmachen möchte, kann sich mit einer Mail an kraft@johannes-kraft.de anmelden. Die Adresse wird dann auf der interaktiven Karte auf Krafts Webseite (www.johannes-kraft.de) ergänzt. **cs**

Datum: 06.09.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Thomas Schubart Thema: Manuela Anders-Granitzki

Bieter-Kampf um das Pleite-Café im Bürgerpark

PANKOW: Trotz schlechter Voraussetzungen gibt es viele Bewerber

von Thomas Schubert

So exzellent die Lage, so albitraumhaft die Startvoraussetzungen für Gastronomen: Wer auch immer das Café Rosengarten im Bürgerpark Pankow pachten wird, muss mit einem 1,5 Millionen Euro Sanierungsstau leben. Dennoch stehen gleich Dutzende Nachfolger bereit, die den Gastro-Schatz am historischen Musikpavillon retten wollen. Manche sofort.

Bei einer Casting-Veranstaltung Ende Juli seien 60 potenzielle Kandidaten erschienen, sagt ein Sprecher der zuständigen Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU). „Anschließend hat gut die Hälfte von ihnen Interesse bekundet, den Betrieb des Café Rosengarten zu übernehmen. Den Interessenten wurde mitgeteilt, dass sie ein Nutzungskonzept und weitere Unterlagen für die Bewerbung einzureichen haben.“

Aus Sicht des Vereins für Pankow eine Botschaft, die optimistisch stimmt, dass nach

rund neunmonatiger Schließung des Rosengarten-Pavillons schnell wieder Leben einkehrt. „Wir warten sehnsüchtig auf die erfolgreiche Rückkehr des Cafés. Egal, wer den Betrieb übernimmt: Wir wünschen für den Neustart viel Glück“, sagt der Vereinsvorsitzende Ulf Sobeck der Berliner Morgenpost. Tatsächlich geht es bei der Café-Rettung um gute Nachbarschaft – denn der Verein für Pankow betreibt ehrenamtlich die Parkbücherei in der Grünanlage. Und blickte mit Sorge auf den Leerstand und Verfall der eigentlich traumhaft gelegenen Gastrofläche 50 Meter weiter.

Zu den Kandidaten, die das Risiko der Übernahme nicht scheuen, zählt zum Beispiel der Gastronom Michael Sander. Er schlägt einen Foodtruck vor, um von dort aus „deutsche bürgerliche Küche, wie auch Eis, Kaffee-Spezialitäten und Kuchen anzubieten. Auch einer Grill-Option stehe ich offen gegenüber“, erklärt Sander. „Damit verbunden wäre aber die Bereitstellung von Strom an

der Stelle, wo der Wagen stehen kann.“

Aus Sicht von Norbert Rader, dem früheren Betreiber der Reinickendorfer Kult-Kneipe Kastanienwäldchen, braucht es womöglich nicht einmal einen Truck. Wenn man ein Notstrom-Aggregat genehmigt bekommt, „Wahrscheinlich lässt sich dann der vordere Kiosk-Bereich öffnen. Man sollte dort renovieren – und man kann dann in zwei bis drei Tagen öffnen.“ Die kaputte Technik schreckt Raeder von einer Bewerbung für das Café Rosengarten nicht ab: „Ja, man braucht dort Geld. Aber Geld allein ist nicht das Entscheidende. Es braucht Fleiß, Liebe und Geduld.“ Eine „Goldgrube“, wie manche das Parkcafé bezeichnen, sei dies keineswegs. „Es gibt vielleicht 45 bis 60 gut besuchte Hochsaisonstage im Jahr. Und dann man muss sich schon überlegen, wie man über den Winter kommt.“ Aber auch dafür – so scheint es – haben die ehrgeizigsten Bieter für das Café in Pankows schönstem Park einen Plan.

Datum: 06.09.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Thomas Schubart Thema: Manuela Anders-Granitzki

Mann beißt Mitarbeiter des Ordnungsamtes

PANKOW: Der „Beißer“ soll an einer ansteckenden Krankheit leiden

von Thomas Schubert

Eine Kontrolle des Ordnungsamts Pankow endete in der letzten Augustwoche mit einem Gewaltausbruch.

Als ein Müllsünder wegen einer weggeworfenen Zigarettenkippe ein Bußgeld zahlen sollte, setzte er sich aggressiv zur Wehr – und biss einen der Kontrolleure ins Gesicht. So schildert es jetzt Ordnungsratsrätin Manuela-Anders-Granitzki (CDU), die den Einsatz gegen sogenannte Kleinstvermüllung am S und U-Bahnhof Pankow im Rahmen ihrer Sommertour durch den Bezirk begleitet hatte.

Es begann aus Sicht des Ordnungsamts damit, dass ein 30-Jähriger eine Kippe zu Boden geworfen haben soll – und dafür 55 Euro Strafe zahlen sollte. Als der Mann sich beharrlich weigerte, und den Amtsmitarbeitern Rassismus vorwarf, rief die Streife die Polizei zur Hilfe. Deren Eintreten wollte der erappte Müllsünder nicht abwarten und versuchte, mit einem abfahrenden Bus zu entkommen, heißt es weiter. Als die Mitarbeiter des Ordnungsamts einschritten, kam es zum Gerangel – und es setzte laut Anders-Granitzki einen Hieb gegen einen der Kontrolleure. „Dann verpasste der Täter einem Mitarbeiter einen Faustschlag gegen den Kopf, anschließend biss er ihm ins

Gesicht, ein Loch in die Wange“, berichtet die Stadträtin laut B.Z. Trotz Fluchtversuchs gelang es der Polizei laut Anders-Granitzki, den 30-jährigen Angreifer an der Hadlichstraße festzunehmen.

Nach Polizeiangaben stellte sich später heraus, dass der Angreifer an einer ansteckenden Krankheit leidet. Der Mitarbeiter des Ordnungsamts wurde von Rettungskräften in ein Krankenhaus gebracht und stationär aufgenommen. Wie die Polizei mitteilt, soll einer der Kontrolleure versucht haben, den Angreifer mit einem Reizstoff zu stoppen. Für den 30-jährigen Tatverdächtigen, der zugebissen haben soll, wurde eine staatsanwaltschaftlich angeordnete Blutentnahme angeordnet.

Beim jüngsten Vorfall am S- und U-Bahnhof Pankow am 26. August erklärt Anders-Granitzki, auch selbst frauenfeindlich beleidigt worden zu sein, wie der Bezirk mitteilt. In einer Erklärung verurteilte die Stadträtin am Mittwoch den Angriff und sagte: „Die Brutalität, mit der meine Mitarbeiter angegriffen wurden, hat mich zutiefst erschüttert. Gewalt gegen diejenigen, die täglich im Einsatz für unsere Stadt sind, ist in keiner Weise hinnehmbar. Es ist mir völlig unerklärlich, wie man wegen eines Verwarungsgeldes von 55 Euro so ausrasten kann.“

Datum: 06.09.25	Medium:
Deutsch-Israelische Gesellschaft Berlin und Brandenburg e.V.	Autor: Werner Kolhoff Thema: Dirk Stettner



Das war ein Sommerfest der Superlative: Über 200 Anmeldungen gab es für das schon traditionelle DIG-Treffen, so viele wie nie. Und es kamen an diesem 7. September auch so viele prominente Gäste wie nie in die Alte Pumpe in Berlin-Tiergarten. An der Spitze der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU). Auch inhaltlich gab es, wenn man so will, einen Superlativ: Alle Redner solidarisierten sich in eindrucksvoller Klarheit mit dem Kampf Israels gegen den Terror der Hamas, alle forderten die Freilassung der Geiseln.

Wegner gab die Tonlage vor, als er an die Auseinandersetzung um die Israel-Fahne vor dem Roten Rathaus erinnerte: „Ich lasse die Fahne so lange hängen, bis die letzte Geisel wieder zu Hause ist“, rief er unter dem Beifall der Anwesenden aus. Es sei wahr, dass die Zivilbevölkerung Gazas entsetzlich leide, ergänzte er. „Aber wir dürfen niemals vergessen, wer verantwortlich für diesen Krieg ist: Einzig und allein die Hamas“. Der Regierende Bürgermeister ging auch auf die antisemitischen Zwischenfälle an Berliner Hochschulen ein und sagte, es sei „nicht hinnehmbar“, dass jüdische Studenten Angst haben müssten, die Hörsäle zu betreten. „Es wird höchste Zeit, dass sich unsere Hochschulen mit diesem Problem befassen“. Es war ein Satz auch in Richtung der Wissenschaftssenatorin Ina Maria Czyborra (SPD), die zwar unter den Gästen, allerdings zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingetroffen war.



Nach seiner Rede stand der Regierende Bürgermeister Kai Wegner noch lange für Gespräche und Fotos mit den Gästen zur Verfügung.

Der DIG-Vorsitzende Jochen Feilcke wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass es durchaus auch in der DIG Diskussionen über die Regierung Netanjahu gebe und man mit ihrem Handeln nicht in jedem Fall übereinstimme. „Wir sind aber nicht die Freundschaftsgesellschaft zu irgendeiner israelischen Regierung, sondern zu dem Land und zu den Menschen“, sagte Feilcke. „Israel muss und wird leben“.

Stolz wies der Vorsitzende darauf hin, dass die DIG Berlin und Brandenburg jetzt 1595 Mitglieder zählt, mehr als doppelt so viele wie vor dem Terrorangriff vom 7. Oktober 2023. Es wurden noch während des Sommerfestes einige mehr. Einer davon war **Dirk Stettner**, CDU-Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus. **Stettner** hatte wesentlich dazu beigetragen, dass die DIG vom Senat neuerdings projektbezogene Finanzhilfen bekommt und hielt beim Sommerfest eine Rede, die an Klarheit der des Regierenden Bürgermeisters nicht nachstand. Als Feilcke sich für beides bedankte und erwähnte, jetzt müsse **Stettner** eigentlich nur noch Mitglied werden, sagte der spontan: „Es ist mir eine Ehre und Freude“. Gesagt, getan.

Er war nicht der Einzige, der an diesem Sonntag das an den Infotischen bereit liegende Beitrittsformular ausfüllte. Überhaupt deckten sich viele Gäste mit den Broschüren und Werbematerialien ein; auch die von der DIG Berlin und Brandenburg erst jüngst erstellten Aufkleber mit dem Slogan „Geiseln frei – Krieg vorbei“ gingen in großer Zahl weg. Die Lose für die Tombola wurden restlos verkauft, es gab ja auch attraktive Preise zu gewinnen. Jochen Feilcke bedankte sich bei den Sponsoren, darunter Michael Bob von der Ahorn-Hotelgruppe. Und er dankte dem Organisationsteam und der Berliner Polizei, die gemeinsam dafür gesorgt hatten, dass alles so perfekt und störungsfrei verlaufen konnte.

Bevor es bei bestem Spätsommerwetter gemütlich wurde mit der Musik von Boris Rosenthal und dem Gesang der famosen Schulamit Lubowka, gab es noch weitere bemerkenswerte Reden: So

berichtete Hildegard Bentele, Europaabgeordnete (CDU), über den wachsenden Druck aus viele europäischen Staaten auf Israel, dem es in Brüssel und Strasburg zu widerstehen gelte. Der Antisemitismusbeauftragte Brandenburgers, Andreas Büttner (Linke), wies darauf hin, dass auch in Potsdam trotz der Kritik der Koalitionspartei BSW weiter die israelische Fahne vor dem Landtag wehe und dort auch hängen bleiben werden. Der Landtagsabgeordnete Johannes Funke (SPD) hörte es mit Wohlwollen.



Der neue Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Israelischen Botschaft, Daniel Aschheim (links), im Gespräch mit Johannes Funke, Landtagsabgeordneter aus Brandenburg. Seine Jungfernrede vor der DIG Berlin und Brandenburg hielt an diesem 7. September Daniel Aschheim, neuer Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der israelischen Botschaft. Er war mit seiner hochschwangeren Frau und seinen zwei kleinen Töchtern gekommen und bekannte, zum ersten Mal eine Ansprache auf Deutsch zu halten. Echte Sprachschwierigkeiten hörte man allerdings nicht; Aschheim hatte vor seiner Versetzung nach Berlin Unterricht genommen, offenbar mit durchschlagendem Erfolg. Zu Beginn erinnerte der junge Diplomat ebenfalls an das Schicksal der Geiseln, darunter sieben mit deutscher Staatsangehörigkeit, und sagte, es sei „erstaunlich, wie wenig Beachtung das in Deutschland findet“. Dann ging auch er auf die Fahne vor dem Roten Rathaus ein: „Immer, wenn wir sie sehen, haben wir das Gefühl, wir sind daheim“, sagte Aschheim und lobte die Anwesenden: „Sie alle zeigen Flagge, ich danke Ihnen für Ihr Engagement“.

Datum: 09.09.25	Medium: B. Z.
	Autor: Stefan Peter Thema: Dirk Stettner

CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner**

„Wir können Neubau für 11 Euro netto kalt realisieren“



Spiel, Satz und Interview: CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** lud den B.Z.-Redakteur zum Tischtennis ein Foto: Christian Lohse/Bild

Stefan Peter

Er ist nach dem Regierenden Bürgermeister der mächtigste CDU-Politiker Berlins: Als Chef der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat **Dirk Stettner** (56) großen Einfluss auf die schwarz-rote Koalition. Mit der B.Z. traf er sich zum Interview an einer Tischtennisplatte am Weißen See.

Um es gleich vorwegzunehmen: Ein echter Schläger-Typ ist der B.Z.-Redakteur nicht, beim Tischtennis-Match wird er vom CDU-Politiker ziemlich schnell besiegt.

B.Z.: Wie viel Schlagkraft hat die CDU-Fraktion?

Dirk Stettner: Wir arbeiten unsere Aufgaben für Berlin ab. Unter Rot-Grün-Rot sah ich leider viel Streit und gar keine Schlagkraft. Viele Ergebnisse unserer Arbeit werden sich in den nächsten Jahren voll entfalten: Sicherheit, Sauberkeit, Bildung, Verkehr. Das geht alles nicht in zwei, drei Jahren. Aber die Grundlagen sind jetzt da. Nach 2,5 Jahren. Ja, das hat schon Schlagkraft.

Es entsteht der Eindruck, dass sich regelmäßig die SPD mit ihren Positionen durchsetzt. Die Partei prahlt sogar damit.

Das ist ein Eindruck, der mir ehrlicherweise vollkommen egal ist. Es geht hier nicht um unsere eigene Nabelschau, sondern darum, die Probleme Berlins zu lösen. Die SPD ist unser [Koalitionspartner](#), mit dem wir mit dem notwendigen Diskurs Ergebnisse produzieren. Das funktioniert.



Stettner mit B.Z.-Redakteur Stefan Peter Foto: Christian Lohse/Bild

Was ist aus Ihrer Sicht das größte Problem Berlins?

Die Sicherheit der Berliner steht ganz oben. Wir geben unserer [Polizei](#) alles an die Hand, was sie braucht, um uns gut zu schützen. Die soziale Frage Berlins ist die Schaffung von genug bezahlbaren Wohnungen. Das werden wir nur lösen durch mehr bezahlbaren Neubau – mit industriell vorgefertigtem modularem Neubau. Dann können wir auch Neubau für 11 Euro netto kalt realisieren.

Das Thema Verkehr sorgt immer wieder für Streit. Glauben Sie, dass der geplante Volksentscheid „Berlin autofrei“ Erfolg haben wird?

Eine Initiative, die zutiefst spaltend ist. Verbiehend und hoch ideologisch. Die Forderungen der [Petition](#) werden von vielen als massiver Eingriff in die individuelle Freiheit empfunden und hat mit dem realen Leben in [Berlin](#) gar nichts zu tun. Deshalb wird sie sich auch nicht durchsetzen.

Halten Sie an Ihren Plänen für eine Magnetschwebebahn fest?

Selbstverständlich. Wir wollen die modernste, preiswerteste und nachhaltigste Technik der Welt nach Berlin holen. Warum sollten wir gute Lösungen für unsere Stadt ausschließen?

Grüne und SPD haben ihre Spitzenkandidaten für die Wahl 2026 präsentiert. Sind Sie gespannt, mit wem die Linken um die Ecke kommen?

Wir sind mit unserem [Regierenden Bürgermeister](#) optimal aufgestellt. Berlin braucht pragmatische Politik statt Ideologie und Streit. Mal schauen, wer dann unser Partner sein wird. Linke und [AfD](#) jedenfalls sicher nicht.

Spüren Sie keinen Linksruck in Berlin? Oder war das nur eine Momentaufnahme bei der Bundestagswahl?

Ich spüre eine starke Radikalisierung der Linkspartei hin zu antisemitischen Positionen. Es geht hier nicht um berechnete Kritik an der Regierung Netanyahu, es geht um linksradikalen und islamistischen [Judenhass](#). Dazu belügt die [Linkspartei](#) die Berliner in der [Mieten](#)-Frage. Sie hat das mit ihrer eigenen Regierungsuntätigkeit zu verantworten und hat auch jetzt keine Lösung – nur Spaltung und Neid.



Stettner hat seinen Wahlkreis in Berlin-Weißensee Foto: Christian Lohse/Bild

Sind Juden in Berlin noch sicher?

In einer Zeit, in der Demonstranten über unsere Straßen ziehen und die Vernichtung Israels fordern, wird sich kein Jude in Berlin sicher fühlen. Das ist eine Schmach, eine Schande für unsere Stadt.

Sparen, Sparen, Sparen – so hieß es monatelang. Nun plötzlich „Investitionen auf einem historisch hohen Niveau“.

Es ist uns gelungen, gemeinsam Rekordinvestitionen auf den Weg zu bringen – trotz der desolaten Haushaltslage, die [Rot-Rot-Grün](#) hinterlassen hat. Berlin leiht sich dafür das notwendige Geld. Aber entscheidend ist: Wir investieren jetzt endlich in unsere Infrastruktur, was viel zu lange verschleppt wurde.

Datum: 10.09.25	Medium: B. Z.
	Autor: Stefan Peter Thema: Johannes Kraft

Tiergartentunnel immer wieder dicht

Tausende Autofahrer im Stau – weil drei Senatsmitarbeiter krank sind



Die Einfahrt zum Tiergartentunnel am Hauptbahnhof ist seit Montag immer wieder stundenlang gesperrt Foto: Ufuk Ucta

Berlins Autofahrer brauchen weiterhin starke Nerven: Der Tiergartentunnel muss auch weiterhin jeden Tag für mehrere Stunden gesperrt werden – wegen Personalmangels.

Dieses peinliche Eingeständnis machte Verkehrssenatorin Ute Bonde (58, CDU) am Mittwoch im Abgeordnetenhaus.

Seit Montag wird der Tiergartentunnel immer wieder stundenlang gesperrt, weil die dafür zuständige Überwachungszentrale unbesetzt ist. Und es wird vorerst nicht besser!

Der AfD-Abgeordnete Rolf Wiedenhaupt (67) erkundigte sich im Verkehrsausschuss nach der aktuellen Situation. Am Mittwoch konnte der Tunnel erst um 9.15 Uhr freigegeben werden – also erst nach dem Berufsverkehr.

„Wegen akuter Krankheitsausfälle“, so Bonde. „Morgen gehen wir davon aus, dass es genau so der Fall sein wird und im weiteren Verlauf natürlich auch.“

Bund und Berlin teilen sich Überwachung des Tiergartentunnels

Die Tunnel-Überwachung teilen sich aktuell der Bund (ist für alle Autobahnen zuständig) und der Senat. Zum Jahresende ist die Hauptstadt dann komplett zuständig. Und da liegt das Problem!

Bislang hieß es, dass sechs Mitarbeiter des Senats im Einsatz sind. Doch das stimmt nicht! Es sind aktuell nur drei. Zwei weitere werden noch ausgebildet, ein weiterer Mitarbeiter fehlt noch. Diese Woche ist der Senat für die Frühschicht zuständig – doch alle drei Mitarbeiter meldeten sich krank.



Verkehrssenatorin Ute Bonde in der Überwachungszentrale des Tunnels Foto: Christian Lohse
*Wie Berlin künftig eine Rund-um-die-Uhr-Überwachung hinkommen will? Bonde will interne Stellen verlagern, denkt auch über einen externen Dienstleister nach. „Vieles ist mit moderner Technik machbar“, hofft Verkehrsexperte **Johannes Kraft** (48, CDU).*

Kristian Ronneburg (38, Linke) kritisiert die aktuelle Situation scharf: „Das ist eine Katastrophe. Nicht nur Stellwerke der S-Bahn werden nicht mehr bedient aufgrund von Personalausfällen, jetzt können auch noch Tunnel nicht mehr überwacht werden.“ Bonde räumt ein: „Es ist total misslich, was jetzt gerade passiert.“

50.000 Fahrzeuge nutzen täglich den Tiergartentunnel, darunter zwei Buslinien der BVG. In der Tunnel-Überwachung (residiert im ehemaligen Flughafen Tempelhof) wird rund um die Uhr über Kameras der Verkehr beobachtet. So sollen Gefahren schnell erkannt werden.

Datum: 11.09.25	Medium: B. Z.
	Autor: Stefan Peter Thema: Johannes Kraft

Hohe Kosten für Flüchtlinge

Berlins Finanzsenator greift AfD-Fraktion wegen Putins Krieg an



Finanzsenator Stefan Evers (CDU) am Donnerstag im Abgeordnetenhaus Foto: Bernd von Jutrczenka/dpa

Stefan PeterRedakteur

Die Parlamentsferien sind zu Ende, der Streit geht wieder los: Am Donnerstag diskutierte das Berliner Abgeordnetenhaus hitzig über den Landeshaushalt und das aktuelle Chaos beim neuen Abschnitt der Stadtautobahn.

Die Opposition warf der schwarz-roten Koalition vor, an den falschen Stellen zu sparen. „Dieser Haushalt ist in Zahlen gegossene Verantwortungslosigkeit“, wettete André Schulze (37, Grüne). Der Senat reiße im Sozialbereich ein, was über Jahre aufgebaut worden sei. Sven Heinemann (46, SPD) widersprach: „Berlin wird eine soziale Stadt bleiben, die soziale Gerechtigkeit ist nicht gefährdet!“

Finanzsenator Stefan Evers (45, CDU) verteidigte die Haushaltspläne. „Wir sparen mit Maß und gleichzeitig investieren wir“, sagte er. „Schulden nehmen wir auf, wo das unvermeidlich ist.“

CDU-Senator Evers: „Berlin kann Krise“

Evers selbstbewusst: „Berlin kann Krise, vor allem aber auch Aufbruch.“ Der Landeshaushalt für 2026 und 2027 soll deutlich aufgestockt werden. Das Land will jeweils rund 44 Milliarden Euro ausgeben – etwa 4 Milliarden mehr als im laufenden Jahr.

Vor allem die Ausgaben für Flüchtlinge belasten den Haushalt, so der Finanzsenator. Dabei wandte er sich mehrfach direkt an die AfD-Fraktion: „Seitdem Ihre russischen Freunde alles daran setzen, Fluchtbewegungen in Massen in Bewegung zu setzen.“

Der Ausbruch des Ukraine-Krieges habe alles verändert, bis heute leide Berlin unter dem Überfall Putins. „Sie sollten sich schämen, uns den Umgang mit dieser Not vorzuwerfen“, sagte Evers Richtung AfD-Fraktionschefin Kristin Brinker (53), die vor ihm gesprochen hatte. „Es sind Ihre politischen Freunde, die eine Mitverantwortung dafür tragen, dass Berlin so stark gefordert ist.“



Kristin Brinker (AfD), Fraktionsvorsitzende, spricht in der Plenarsitzung im Berliner Abgeordnetenhaus. +++ dpa-Bildfunk +++ Foto: picture alliance/dpa

Laut wurde es später, als die Abgeordneten über den täglichen Dauer-Stau an der Autobahn-Zufahrt in Treptow diskutierten. Grüne und Linke forderten eine sofortige Schließung des neuen Abschnitts. Mit sich überschlagender Stimme fiel Antje Kapek (48, Grüne) auf.

Lauter Streit um Verkehrs-Chaos auf A100

Sie warf Verkehrssenatorin Ute Bonde (58, CDU) eine „konsequente Weigerung, die Wirklichkeit anzuerkennen“ vor. Das Teilstück der A100 Sorge für den „größten Verkehrskollaps unserer jüngeren Geschichte“. Kapek fast schreiend: „Beenden Sie diesen Wahnsinn!“

Johannes Kraft (47, CDU) hielt dagegen: „Die Ursache ist die Engstelle an der Elsenbrücke.“ Die Planungen für den Ersatzbau hätten die Grünen selbst verzögert, als sie noch in Berlin regierten

Datum: 12.09.25	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Joachim Fahrún Thema: Johannes Kraft

Verkehrschas im Osten

„In diesem Stau stehen sie mit Unterstützung der CDU“

Berlin. Streit um A100 im Abgeordnetenhaus: SPD schlägt sich auf Seiten von Grünen und Linken, stimmt aber gegen Sperrung des neuen Abschnitts.



Das Verkehrschas rund um das neue Autobahnende in Treptow erregte auch im Parlament die Gemüter.© Dennis Meischen | Dennis Meischen

Die Fronten prallten unversöhnlich aufeinander in der Debatte um das Verkehrschas am neuen Ende der Stadtautobahn in Treptow: Gegenüber standen sich CDU und AfD. Beide verteidigten die Eröffnung des 16. Bauabschnitts der A100 und machten sich für einen Weiterbau der Trasse über Spree und Ostkreuz hinaus zur Storkower Straße aus. Grüne und Linke argumentierten leidenschaftlich dagegen und wiesen die Schuld daran der „CDU-Autopolitik“ und den Versäumnissen der CDU-Verkehrssenatorin Ute Bonde zu. „In diesem

Stau stehen sie mit freundlicher Unterstützung der CDU“, sagte Grünen-Verkehrsexpertin Antje Kapek an die Adresse der vielen genervten Autofahrer zwischen Kreuzberg, Friedrichshain und Treptow.

Solange die Elsenbrücke nur einspurig befahrbar sei, müsse der neue Autobahnabschnitt gesperrt werden. Die Polizei habe an einem normalen Tag die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg sichern müssen. „Das ist doch Ausnahmezustand“, sagte Kapek.

SPD kritisiert Verkehrssenatorin Bonde: „Ihre Prognosen waren nicht belastbar“

Bemerkenswert war, dass auch die SPD-Fraktion in Gestalt ihres verkehrspolitischen Sprechers Tino Schopf in die Kritik einstimmte: Es gebe kein tragfähiges Verkehrskonzept, sagte Schopf und warf der Verkehrssenatorin vor, ihre Prognosen hätten sich als „nicht belastbar“ erwiesen. Sollten die am Mittwoch verkündeten kurzfristigen Maßnahmen wie ein neuer Bus-Fahrstreifen und veränderte Ampelschaltung nicht greifen, „müssen wir auch einer temporären Sperrung offen gegenüber stehen“, sagte Schopf.

Auch den Weiterbau der Autobahn lehnte Schopf ab. „Eine Verlängerung der Autobahn ist nicht sinnvoll“, sagte Schopf und verwies auf die Beschlusslage der Berliner SPD. Entsprechende Vorgaben der Bundesebene könne man ändern: „Beschlüsse sind nicht in Asphalt gegossen.“

CDU verspricht Entlastung für die Wohngebiete - mit dem nächsten Autobahn-Abschnitt

Die Erwartung, dass nun die SPD den Anträgen von Linken und Grünen auf eine Sperrung des 16. Bauabschnitts zustimmen würde, wurde aber enttäuscht: „Es wird kein unterschiedliches Abstimmungsverhalten in

der Koalition geben“, sagte SPD-Mann Schopf. „Sie müssen diese Koalition beenden“, schallte es aus den Reihen der Opposition.

Für die CDU hatte der verkehrspolitische Sprecher **Johannes Kraft** die Aufgabe, die Folgen der Autobahneröffnung positiv zu erklären. Er warf den Kritikern vor, keine „leistungsfähige Stadtstraßen zu wollen und Handwerker und Wirtschaftsverkehr aus der Stadt zu verdrängen. Der 17. Bauabschnitt werde zu einer „deutlichen Entlastung der Wohngebiete führen“, sagte Kraft: „Der 16. Bauabschnitt macht das jetzt schon.“

Linke warnen: Auch der 17. Bauabschnitt wird an einer Ampel enden

Die aktuellen Probleme hätten ihre Ursache an der Engstelle an der Elsenbrücke, wo nur eine Spur nach Norden führt. Verantwortlich für den „volkswirtschaftlichen Schaden“, der durch Staus entsteht, seien „grüne Bezirksstadträte und die Vorgängerregierung“, sagte **Kraft**: „Wir brauchen den 17. Bauabschnitt.“

Linken-Fraktionschef Tobias Schulze schaltete sich ein: „Der 17. Bauabschnitt soll Probleme lösen, die wir ohne den 16. nicht hätten“, sagte er. Aber vor 2045 werde man damit niemals fertig sein. „Das wollen sie doch nicht ernsthaft als Lösung verkaufen“, fragte Schulze. Und: „Auch der 17. Bauabschnitt wird an Ampeln enden.“ Das sieht auch die AfD so: Sie plädiert deshalb dafür, gleich den 18. und 19. Bauabschnitt zu planen, um den Stadtring zu schließen.

Datum: 13.09.25	Medium: rbb
	Autor: Sabine Müller Thema: Dirk Stettner

Im März gegründet

Dicke Luft in der Berliner Kommission gegen Rassismus

Sa 13.09.25 | 11:18 Uhr | Von Sabine Müller

85



Video: rbb24 Inforadio | 13.09.2025 | Sabine Müller | Bild: dpa/Prautsc

Seit März ringt eine Enquetekommission um Lösungen im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung. Doch statt Fortschritten gibt es persönliche Angriffe und politische Grabenkämpfe. Ein Scheitern scheint nicht ausgeschlossen. Von Sabine Müller

Fünfeinhalb Monate, nachdem die Enquetekommission des Abgeordnetenhauses ihre Arbeit aufgenommen hat, sind viele Beteiligte frustriert. Die Stimmung sei "nicht sehr gut", sagt die Linken-Abgeordnete Elif Eralp. Der SPD-Abgeordnete Orkan Özdemir spricht von "Verwerfungen" und Grünen-Fraktionschefin Bettina Jarasch nennt die Kommission "eine echte Herausforderung". Ihr CDU-Pendant **Dirk Stettner** räumt ein: "Der Umgang miteinander hat noch Potential nach oben".

Kommissionsatmosphäre schockt Gäste

Sechs Sitzungen hat die Kommission "Für gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Antisemitismus, Rassismus, Muslimfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung" inzwischen

hinter sich. Die Abgeordneten von CDU, SPD, Grünen und Linken (AfD-Vertreter wurden nicht in das Gremium gewählt) sowie die von ihnen nominierten Expertinnen und Experten haben viele Stunden beraten und Gäste gehört. In den Sitzungen gibt es regelmäßig Zwischenrufe, Wortgefechte und Angriffe, regelmäßig muss der Vorsitzende, SPD-Fraktionschef Raed Saleh, um Mäßigung bitten.

Einige der eingeladenen Gäste zeigten sich nach Angaben von Kommissionsmitgliedern schockiert. Der Tenor: Hätten sie vorher gewusst, wie es in der Kommission zugeht, wären sie nicht erschienen.

CDU gegen Linke: Fronten verhärtet

Vor allem Abgeordnete von CDU und Linken geraten immer wieder einander und finden keinen gemeinsamen Nenner. Kein Wunder, sagt CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner**, wenn die Linkspartei die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands nicht akzeptiere. "So wie die Linke sich in den letzten Monaten entwickelt hat, stellt sich natürlich die Frage, wie man mit Antisemiten über Antisemitismus reden können soll", sagt **Stettner** dem rbb.

Diese heftigen Vorwürfe weist die linke Abgeordnete Elif Eralp, die sich regelmäßig Wortgefechte mit der CDU liefert, vehement zurück. Sie macht die Christdemokraten dafür verantwortlich, dass die Arbeit der Kommission schwierig ist, wirft ihr vor, ihr fehle "die Offenheit, sich auf Argumente einzulassen". Vieles von dem, was Linke, SPD und Grüne gegen Rassismus und Diskriminierung forderten, stempelte die CDU als "sinnlose Identitätspolitik" ab und "Befindlichkeiten" einzelner Gruppen, kritisiert Eralp. Zusätzliche Maßnahmen im Kampf gegen Diskriminierung lehne die CDU ab.

Datum: 17.09.25	Medium: rbb
	Autor: Laurence Thio Thema: Johannes Kraft

Klamme Haushaltslage

Berliner Sozialticket wird teurer

Mi 17.09.2025 | 19:30 | rbb24 Abendschau

Berlins Sozialsenatorin Kiziltepe will den Preis für das Sozialticket erhöhen. Wie die Sozialverwaltung dem rbb bestätigt hat, soll der Fahrschein ab Januar 27,50 Euro kosten. Seit April liegt der Preis bei 19 Euro, vorher waren es nur 9 Euro. Die Sozialverwaltung bedauert den Schritt, begründet ihn aber mit der klammen Haushaltslage. Doch auch reguläre Tickets werden teurer. Was bedeutet das für die Nutzer?

Beitrag von Laurence Thio, Das Video ist hier einsehbar: https://www.rbb-online.de/abendschau/videos/20250917_1930/berliner-sozialticket-wird-teurer.html

Datum: 19.09.25	Medium: rbb
	Autor: Thorsten Gabriel Thema: Dirk Stettner

CDU-Fraktionschef Stettner

Soziale Angebote rund um Görlitzer Park und Leopoldplatz könnten erhalten bleiben

Fr 19.09.25 | 07:32 Uhr

16



Audio: rbb24 Inforadio | 19.09.2025 | Thorsten Gabriel | Bild: picture alliance/Global Travel Images/Jürgen Held

Die sozialen Projekte rund um den Görlitzer Park und den Leopoldplatz spielen im geplanten Berliner Doppelhaushalt bislang keine Rolle. Doch CDU-Fraktionschef Stettner versichert: Die verabredeten Maßnahmen werden auch weiterhin finanziert.

Rund um die Berliner Kriminalitäts-Hotspots Görlitzer Park in Kreuzberg und Leopoldplatz im Wedding wird es voraussichtlich auch in den nächsten Jahren Geld für soziale Angebote geben. "Da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen", sagte CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** im rbb24 Inforadio mit Blick auf die im Haushaltsentwurf des Berliner Senats vorgesehenen Kürzungen.

Stettner: Maßnahmen wurden bei Sicherheitsgipfel verabredet

Für 2024 und 2025 waren im Haushalt noch insgesamt 30 Millionen Euro für zusätzliche soziale Angebote, Obdachlosenunterkünfte sowie für die Ordnungsämter vorgesehen. Die Gelder waren insbesondere für Hilfsangebote im Görlitzer Park und am Leopoldplatz gedacht.

Im Entwurf des Senats für den nächsten Doppelhaushalt sind diese Mittel allerdings nicht mehr eingeplant.

Stettner machte deutlich, dass dies in den nun begonnenen Haushaltsberatungen im Parlament korrigiert werden wird. Er verwies darauf, dass diese Maßnahmen bei [einem Sicherheitsgipfel vor zwei Jahren](#) mit dem Regierenden Bürgermeister verabredet wurden. "Wir sind uns darüber im Klaren, dass wenn wir einen Sicherheitsgipfel durchführen, um Probleme zu lösen, dann werden wir das auch haushalterisch unterlegen." Zu den Angeboten gehören unter anderem Drogenkonsumräume, Unterbringungsmöglichkeiten für obdachlose Drogenabhängige, eine Ausweitung von Sozialarbeit und Drogenprävention.



dpa/Rabenstein

[Berlin-Kreuzberg Metalltore und Zaun am Görlitzer Park sollen dauerhaft bleiben](#)

Kritik aus dem Bezirk

Gegen die geplanten Kürzungen hatte es Protest gegeben. Die Grünen kritisierten unter anderem, dass von den Sicherheitsgipfel-Verabredungen nur noch [der umstrittene Zaun um den Görlitzer Park übrig geblieben](#) sei. Von dem Projekt erhofft sich der schwarz-rote Senat eine Eindämmung der Drogenkriminalität im Park.

Die grüne Bezirksbürgermeisterin von Mitte, Stefanie Remlinger schloss sich der Kritik an. "Am [Leopoldplatz](#) haben wir gezeigt, dass soziale Maßnahmen in Abstimmung mit der Polizei und verbunden mit einer Belebung des öffentlichen Raums funktionieren." Der Senat entziehe dem Bezirk nun auf halber Strecke jede Unterstützung.

Datum: 20.09.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Thomas Schubart Thema: Manuela Anders-Granitzki

Grüne Wand soll Umweltwunde heilen

WEISSENSEE: Offene Ufer am Weißen See – damit ist es in Kürze vorbei / Nur noch zwei Zugänge verbleiben

von Thomas Schubert

Freie Ufer, freier Zugang zum Wasser am Weißen See – von dieser Selbstverständlichkeit heißt es Abschied nehmen. In wenigen Wochen formen Bauarbeiter aus Totholz eine 1,25 Meter hohe Hecke.

Auf 925 Meter Länge läuft der Riegel aus Naturmaterial künftig am Nordrand eines der bekanntesten Gewässer Berlins entlang. Hier geht es laut Aussagen des Bezirksamts Pankow aber nicht um Schikane gegen Seebesucher, es gilt vielmehr, eine Umweltwunde zu heilen – bevor irreparable Schäden drohen. Erosion am Ufer, Wasserverlust und Verschmutzung durch Dürre und illegales Wildbaden haben über mehr als zehn Jahre Zustände geschaffen, die das Ökosystem gefährden.

In erster Hinsicht handelt es sich beim Heckenbau am Weißen See um eine Umweltmaßnahme. Gefahrenabwehr gegen schwere Badeunfälle, das ist ein Nebeneffekt – der bei Anrainern des Weißen Sees Zuspruch und Kritik gleichermaßen auslöst. Je nachdem, ob man zu denjenigen zählt,



Schluss mit einer Selbstverständlichkeit, die der Umwelt schadet: Am Weißen See in Pankow blockiert in Kürze eine neue Hecke die Ufer. Damit endet eine Diskussion um Vor- und Nachteile einer strikten Zugangsbeschränkung. Fotos: Thomas Schubert

die den Verlust einer kostenlosen Abkühlmöglichkeit befürchten. Oder zu denjenigen, die riskante Zustände durch unkontrolliertes Wildbaden mit 15 tödlichen Unfällen in den vergangenen elf Jahren beklagen.

Nach langem politischen Streit steht fest: Der Heckenbau erfolgt diesen Herbst, wahrscheinlich Anfang Oktober. Die Eröffnung der Bieterangebote ist erfolgt. „Erst nach

Prüfung der Angebote und soweit erforderlich, nach erfolgten Bieter-Vergabegesprächen, kann ein Zuschlag an eine Baufirma erteilt werden. Diese hat nach den Vergabe-Grundsätzen anschließend noch einmal bis zu zwei Wochen Zeit, um Ihren Baubeginn zu organisieren“, teilt ein Sprecher von Umweltstadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) die Zeitschiene mit. Den konkreten Tag des Baustarts wolle man in Kürze mitteilen.

Mit dem Bau der rund 925 Meter langen Benjeshecken, die insgesamt etwa 463 Quadratmeter Fläche einnehmen sollen, reagiere man auf die massiven Umweltschäden, auch durch illegales Baden, heißt es. Vor allem in den Sommermonaten verzeichnet der Bezirk im Park am Weißen See eine massive Belastung von Uferzonen, die durch Betreten, Trampelpfade oder illegale Badeplätze stark in Mitleidenchaft gezogen wurden. Pflanz-

zenbestände sind teilweise völlig zerstört, Brutraum für Wasservögel ging verloren.

Im Übrigen sind die neuen Hecken, die mitsamt der Ufersanierung knapp zwei Millionen Euro kosten sollen, vor allem Mittel zum Zweck: Sie schützen einen neu entstehenden Grüngürtel, den der Bezirk gleich hinter dem Wall an den zerstörten Ufern einpflegen lässt. „Die Bauleistungen umfassen neben Anschüttungen von Boden in spezifischen Uferabschnitten auch umfangreiche Bepflanzungen der Flachwasserzonen mit Schilf und Röhricht und weiteren Wasserpflanzen“, teilt der Bezirk mit. Beauftragen wolle man auch die Pflanzung von Sträuchern sowie die Ansaat von Wiesenflächen „mit einheimischem Saatgut“. Ans Wasser kommen Besucher bald nur noch auf zwei neuen „Seebalkonen“, die den neuen Grüngürtel unterbrechen und das sanierte Ufer erlebbar machen sollen. Wenn die Arbeiten planmäßig stattfinden, kommt zumindest der Heckenbau noch dieses Jahr zum Abschluss, dann säumt den See bis Silvester ein fast ein Kilometer langes Holz-Dickicht, das nach und nach ergrünt.

Datum: 20.09.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Thomas Schubart Thema: Manuela Anders-Granitzki

„Das Trommeln würde kriminalisiert“

PRENZLAUER BERG: Der „Drum Circle“ sorgt jede Nacht für Club-Gefühl / Nachbarn fordern nun ihre Ruhe / Die Musiker wehren sich

von Thomas Schubert

Stundenlanges Trommeln im Steinkreis – für Fans ist das der „Soundtrack“ unvergesslicher Mauerpark-Abende. Doch dieser „Drum Circle“ im Mauerpark, er hat natürliche Feinde: Anwohner, die ihre Ruhe fordern.

Nachbarn sehnen sich nach Stille, wenn ein loser Bund aus zehn bis 20 Berlinern auf Instrumente klöppelt. Treibende Beats wummern durchgehend ab dem Sonntagnachmittag, bis Abend und Nacht das Blau am Horizont verschlucken.

Jetzt haben die Mauerpark-„Trommelistas“ eine Gegenoffensive gestartet. Eine Online-Unterschriftenkampagne wirbt um Beistand für den „Drum Circle“, den es aus Sicht der Fürsprecher dringend zu schützen gilt. Was den einen als Lärm gilt, bedeutet ihnen Lebenslust und Freigeisterei. „Hier passieren Völkerverständigung, Internationalität und Diversität ganz spontan über die Weltsprache Musik“, verkündet der Petitionstext. „Der Drum Circle der Mauerparker Trommelistas stellt sich als ein unverzichtbares soziokulturelles Projekt im Herzen Berlins



Fans fürchten um den „Soundtrack des Mauerparks“: Der „Drum Circle“ ist für Fans ein unverzichtbarer Kult, für Nachbarn in Prenzlauer Berg aber ein Ärgernis. Foto: Thomas Schubert

dar. Und es muss bleiben“, lautet die Forderung. Aber wie riskant ist die Lage aus Musikersicht tatsächlich? Droht jetzt eine amtlich verordnete Stille? Fakt ist: Im Bezirksamt Pankow sind Beschwerden wegen Ruhestörung bekannt – und zwar vielfach. Doch es wird bislang nicht nach Lärmquellen im Mauerpark unterschieden. Trommelkonzerte haben keinen anderen Status als Straßenmusik mit Mikrophon oder Gitarre. Warum auch? Die Geräuschkulissen von spontanen Techno-Partys, Singer-Songwriter-Dar-

bietungen und Trommelwirbeln erzeugt einen Mischmasch, der Anwohnern als Gesamtärgernis erscheint.

„Beschwerden bezüglich Lärm im Mauerpark gehen ständig beim Bezirksamt ein. Eine Erhebung, welche nach Verursachern unterscheidet, findet nicht statt“, erklärt dazu ein Sprecher der zuständigen Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU). „Beim Ordnungsamt Pankow sind dieses Jahr bisher zwei Meldungen im April und drei Meldungen im Mai eingegangen, die sich

explizit auf die Trommler bezogen“, heißt es auf Morgenpost-Anfrage. Dass die Geräuschkulisse durch Straßenmusik, Karaoke und Partys im Mauerpark für Kontroversen sorgt, ist durchaus nicht neu. Man erinnert sich noch an Schlichtungsversuche Ende der 2010er-Jahre, als der damalige Linke-Bürgermeister Sören Böttgen Fans von Straßenmusik und Gegner an einem Runden Tisch zusammenbrachte. Und davor warnte, dass der Mauerpark als einzigartiger Kulturort durch ein Musikverbot „totbegraben“

wird. Aus solchen Gesprächen ging seinerzeit eine Parkordnung hervor, die Musikern bestimmte Positionen im Park zuwies. Hoffnungen, Straßenmusik durch Schallschutzmaßnahmen anwohnerverträglich zu ordnen, scheiterten in den Corona-Jahren aber an den Kosten und dem Urheberrecht des Mauerpark-Architekten Gustav Lange.

Seit einigen Monaten läuft nun eine neue Diskussion zum Lärmproblem im Mauerpark, die zu einer Neuverhandlung von Regeln führen soll. Doch beschlossen ist noch nichts – weder im Sinne von Trommlern und Musikern, noch zugunsten verärgelter Nachbarn. „Eine Anpassung der Parkordnung für den Mauerpark hinsichtlich Lärmschutz ist noch im Arbeitsprozess“, sagt der Sprecher von Stadträtin Anders-Granitzki. Er fügt dann allerdings eine Aussage hinzu, die den Trommelistas wirklich gefährlich werden könnte: „Es wird auch geprüft, ob es sich beim Drum Circle um eine genehmigungspflichtige Veranstaltung handelt.“ Trommelorgien nur noch bei Antrag und Genehmigung? Eben das bereitet den Unterstützern echte Bauchschmerzen, wie Alexan-

der Puell von den Freunden des Mauerparks berichtet. „Damit wäre Trommeln nur möglich, wenn ein Antrag auf Sondernutzung gestellt und der auch genehmigt wird. Realistisch gesehen, wäre mit dieser neuen Regel das Trommeln nicht mehr möglich. Verbote müssten dann durchgesetzt oder Zuwiderhandlungen sanktioniert werden. Das für den Mauerpark typische Trommeln würde damit kriminalisiert“, warnt Puell vor dieser Lösung.

Akute Gefahr sieht der Vorsitzende nach jetzigem Stand zwar noch nicht. Aber sollte das rituelle Pauken genehmigungspflichtig werden, könnte sich das Blatt wenden. Sollte die Gruppe vor bürokratischen Ansprüchen kapitulieren müssen, wäre das aus Puells Sicht „sehr schade“. Damit geriete ein „sozialer Treffpunkt“ in Gefahr, „der sehr viele auch sozial benachteiligte Menschen und solche mit Migrationsgeschichte anzieht und in die Mauerpark-Gemeinschaft einbindet. Es entsteht beim Trommeln eben nicht nur ‚Krach‘, sondern ein soziales Miteinander – das für den Park und die beteiligten Menschen sehr wertvoll ist.“

Datum: 24.09.25	Medium: rbb
	Autor: Jonas Wintermantel Thema: Johannes Kraft

Mobilitätsausschuss

Berlin autofrei – eine gute Idee?

Mi 24.09.2025 | 19:30 | rbb24 Abendschau



Keine privaten Autofahrten mehr – oder fast keine: Das will die Initiative "Berlin autofrei" erreichen. Ihr Gesetzentwurf will fast alle Straßen innerhalb des S-Bahn-Rings zu "autoreduzierten Straßen" machen. Im Juni erklärte das Berliner Verfassungsgericht den Entwurf für rechtlich zulässig. Heute wurde die Initiative im Mobilitätsausschuss von den Abgeordneten befragt.

Das Video ist hier einsehbar: https://www.rbb-online.de/abendschau/videos/20250924_1930/berlin-autofrei.html

Datum: 29.09.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Laura Wagener Thema: Jörn Pasternack

Streit um überfüllte Klassen

PRENZLAUER BERG: Stadtrat Jörn Pasternack akzeptiert Gerichtsurteil / BEA entsetzt

von Laura Wagener

Seit Schuljahresbeginn sorgen zwei Gymnasien in Prenzlauer Berg für Schlagzeilen. Nachdem mehrere Eltern Klage eingereicht hatten, entschied das Verwaltungsgericht Berlin, dass die Schulen weitere Siebtklässler aufnehmen müssen.

Bis zu 36 Schülerinnen und Schüler sitzen nun am Heinrich-Schliemann-Gymnasium und Rosa-Luxemburg-Gymnasium in den Klassen. Dabei liegt die festgelegte Höchstgrenze eigentlich bei 32. Das Gericht sah jedoch Verfahrensfehler in den Aufnahmeprozessen beider Schulen. Da-

durch seien Kinder abgelehnt worden, denen aufgrund ihrer guten Noten eigentlich eine Zusage am jeweiligen Gymnasium zugestanden habe.

Der Bezirksselternausschuss Pankow (BEA) zeigte sich entsetzt angesichts der überfüllten Klassen. Die Entscheidung des Gerichts sei „pädagogisch unsinnig“, die jetzt deutlich volleren Klassen eine „Überlastungssituation“ für die pädagogische Arbeit, sagte der Vorsitzende des BEA, Matthias Nebur. Auch der Schulleiter des Rosa-Luxemburg-Gymnasiums, Ralf Treptow, äußerte sein Unverständnis. Seine Schule habe Schwierigkeiten aufgrund überfüllter Klassen-

räume, zu geringem Platz für Tische und mit Naturwissenschaftssälen, die nur für 30 Personen zugelassen seien.

Offen war bislang, ob der Bezirk als Antragsgegner in diesen Fällen Beschwerde einlegt oder die Entscheidungen des Gerichts akzeptiert. Nun ist klar: Der Bezirk verzichtet. Das teilte CDU-Schulstadtrat Jörn Pasternack auf Anfrage der Berliner Morgenpost mit. „Nach sorgfältiger Abwägung habe ich mich dazu entschlossen, in diesem Einzelfall keine Beschwerde einzulegen“, sagt Pasternack. „Ausschlaggebend war für mich, den betroffenen Schülerinnen und Schülern die Unsicherheit und mögli-

che Belastung eines späteren Schulwechsels zu ersparen.“

Das bedeutet: Es bleibt bei einer Anzahl von bis zu 36 Schülerinnen und Schülern in den siebten Klassen. Schulleiter Treptow kann diese Entscheidung nicht nachvollziehen: „Ich hätte mir gewünscht, dass der Bezirk mit einer Beschwerde in die nächste Instanz geht. Die Gerichte müssen Entscheidungen treffen, die nachhaltig sind. Man kann nicht irgendwann 40 oder 50 Schülerinnen und Schüler in die Klassen reinzwängen. Man muss den Bedürfnissen der Kinder entsprechen.“

Lesen Sie weiter auf Seite 2.

Datum: 29.09.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Laura Wagener Thema: Jörn Pasternack

Bezirk verzichtet auf Beschwerde

PRENZLAUER BERG: Das Verwaltungsgericht sieht Fehler bei den beiden Schulen

Fortsetzung von Seite 1

Nach einer erfolgreichen Klage von Eltern müssen Schulen in Pankow weitere Siebtklässler aufnehmen. Wie schätzen Schulen und Stadtrat die Bedeutung der Gerichtsentscheidung ein?

Er sieht die Gefahr, dass den richterlichen Entscheidungen weitere folgen. „Es wird andere Gerichte geben, die werden sich auf diese Klagen und Beschlüsse beziehen. Deshalb muss man den Gerichten Grenzen aufzeigen, sonst schafft man Präzedenzfälle.“

CDU-Schulstadtrat Jörn Pasternack sieht in den Verfahren

ausdrücklich Einzelfälle. Dennoch habe er die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gebeten, die rechtswidrigen Aufnahmekriterien zu überprüfen – „damit sich ein solcher Fehler nicht wiederholt.“

Wie das Verwaltungsgericht Berlin berichtet, haben jedoch Antragsteller, die mit ihrer Klage am Heinrich-Schliemann-Gymnasium unerfolgreich waren, Beschwerde eingelegt. Über diese Fälle entscheidet nun das Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Die Vergabe von Plätzen an andere Schüler werde davon aber nicht unmittelbar beeinflusst, versichert das Gericht.

Datum: 29.09.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Laura Wagener Thema: Manuela Anders-Granitzki

Investor und Bezirk zeigen Zuversicht für Baustart

PANKOW. Obwohl ein Artenschutz-Streit das Projekt „Pankower Tor“ noch verhindert, senden Bauherr Kurt Krieger und Politik positive Signale

von Laura Wagener

„Ich werde Ihnen jetzt erzählen, warum es 15 Jahre gedauert hat. Im Anschluss werden Ihnen die Stadträtin und der Stadtrat erklären, dass jetzt alles viel schneller geht.“ Mit diesen verheißungsvollen Worten eröffnet Kurt Krieger am Dienstag dieser Woche die Pressekonferenz zu seinem Mega-Bauprojekt „Pankower Tor“.

Seit 2010 wartet der „Möbel Höfner“-Inhaber darauf, sein Herzensprojekt an der Granitzstraße endlich verwirklichen zu können. Damals kaufte er die rund 40 Hektar große Fläche auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs in Pankow, einigte sich mit der Stadt auf den Bau eines wegweisenden Quartiers im Kampf gegen die Wohnungsnot – mit 2000 Wohnungen, einer Grundschule, zwei Kindergärten und sogar einer Bibliothek. Doch immer wieder gab es Konflikte.

Sein aktueller Baugegner: eine Kreuzkröte. Genauer gesagt Hunderte davon. Denn diese haben sich auf der Baufläche angesiedelt und gelten als streng geschützt. Seit Mona-



Gemeinsam mit CDU-Umweltdrätin Manuela Anders-Granitzki und Grünen-Baustadtrat Cornelius Bechtler (Grüne, r.) will Investor Kurt Krieger das neue Quartier „Pankower Tor“ erbauen. Foto: Christian Hahn

ten gibt es Schlagzeilen, die einen zeitnahen Baustart aufgrund des Artenschutzes infrage stellen – oder gar das ganze Projekt. Doch am Dienstag trat Krieger mit unerwartetem Optimismus auf. Und kündigte an, dass das Vorhaben nun ins Rollen komme.

Bereits im Jahr 2022 hatte es eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gegeben, im März dieses Jahres wurde der städtebauliche Vertrag unterschrieben. Sollten Stadt und Investor den erhofften Zeitplan einhalten und Ende 2026

einen konkreten Bebauungsplan festsetzen, wäre damit gerade einmal der erste Teil des Planungsprozesses abgeschlossen. Nach der Bauleitplanung muss der Bauantrag eingereicht und genehmigt werden, bevor ein Baustart ins Auge gefasst werden kann. Das dürfte somit frühestens 2027 der Fall sein. CDU-Umweltdrätin Manuela Anders-Granitzki geht jedoch fest davon aus, dass man alle Verzögerungen hinter sich gelassen habe und betont gegenüber Krieger: „Ihr Projekt ist priorisiert.“

Rund 4000 Menschen sollen in das neue Quartier einziehen. Damit ist das „Pankower Tor“ eines der Schlüsselprojekte in Berlin gegen die Wohnungslosigkeit, die rasant ansteigt. Wohnen 2022 noch knapp 26 000 Menschen in Obdachlosenunterkünften, seien es in diesem Jahr schon mehr als 53 000 Menschen, berichtet Bechtler. Damit hat sich die Zahl innerhalb von drei Jahren mehr als verdoppelt.

„Das wird sich so schnell nicht entspannen, wir haben da eine enorme soziale Verant-

wortung“, betont der Stadtrat. „Wir können nicht weiter zusehen, wie sich die Situation am Wohnungsmarkt verschärft.“ Auch deshalb sollen rund 30 Prozent der entstehenden Apartments geförderte Sozialwohnungen sein. Bei denen liegt die anfängliche Nettokaltmiete bei rund sieben Euro pro Quadratmeter.

Trotz allem Optimismus bei Politik und Investor: Das Kröten-Problem ist nicht gelöst. Naturschutzbund (NABU) und Krieger haben noch keinen Konsens gefunden, wie Artenschutz und Bauvorhaben unter einen Hut zu bekommen sind. Derzeit leben die Tiere dort, wo Stadt und Krieger bauen wollen. Geht es nach dem Investor, sollen die Tiere auf das Grundstück der ehemaligen Kleingartenkolonie „Feuchter Winkel“ umziehen, das er zu diesem Zwecke extra gekauft hat. Um ausreichend Lebensraum für die Kröten zu schaffen – so gefordert vom NABU –, kaufte er sogar ein weiteres Grundstück nebenan. 5,3 Hektar Fläche stehen nun für die Kröten bereit.

Doch der geplante Lebensraum kollidiert mit dem weiterer geschützter Arten wie

Zauneidechsen, Fledermäusen und Brutvögeln. Umweltschützern zufolge ist das nicht zumutbar, sie drohen mit weiteren Klagen. Krieger sieht dem gelassen entgegen. Auch ihm sei der Schutz der Kröten selbstverständlich wichtig. Seiner Ansicht nach lebten die Tiere jedoch auf seiner Baufläche schon jetzt nicht artgerecht. „Je länger der NABU klagt, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Kreuzkröte aussterben wird.“ Er sieht den Ball nach monatelangem Ringen nicht mehr in seinem Feld: „Wir haben jetzt 15 Jahre geliefert. Ich will nicht sagen, dass wir mit unserem Latein am Ende sind – aber jetzt ist die Politik dran.“

Das letzte Wort im Streit um den Lebensraum der Kröten ist jedenfalls noch nicht gesprochen. Kurt Krieger lädt dennoch bereits zum nächsten Termin im September 2026 auf die Baufläche ein. „Ich bin überzeugt, dass wir das gemeinsam zu einem guten Ende bringen“, so der Bauherr. „Und wenn wir dann in einem Jahr gemeinsam im Ringelschuppen sitzen, kann es sein, dass schon der ein oder andere einen Spaten in der Hand hat.“

Datum: 29.09.25	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Sebastian Struwe Thema: Lars Bocian

Fehlende Sportplätze

Pankow wächst – aber spart der Bezirk beim Vereinssport?

Berlin. In Pankow entstehen tausende Wohnungen, doch kaum neue Sportflächen, sagen CDU und Landessportbund. Sie sehen den Vereinssport in Gefahr.

Von Sebastian Struwe und Laura Wagener 29.09.2025, 19:13 Uhr



Der Bau neuer Sportplätze wird oft vernachlässigt, sagt der Landessportbund Berlin. © FUNKE Foto Services | Michael Gohl

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article410075392/politik-fordert-mehr-outdoor-sportflaechen-im-norden-berlins.html>

Datum: 29.09.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Laura Wagener Thema: Manuela Anders-Granitzki



Die Parkanlage wird nach Sanierung am 2. Oktober für die Öffentlichkeit wieder zur Nutzung freigegeben. Foto: Christian Hahn

Parkanlage vor Wiedereröffnung

WILHELMSRUH: Der Bezirk sanierte See und Wege und schuf neue Verweilmöglichkeiten

von Christian Sell

Die Parkanlage am Wilhelmshruher See steht laut einer Mitteilung des Bezirksamtes ab kommenden Donnerstag, 2. Oktober, der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung.

Die Eröffnung durch die zuständige CDU-Stadträtin Manuela Anders-Granitzki findet um 14 Uhr statt. In den zurückliegenden 18 Monaten wurden See und die umgebende Grünfläche ökologisch und zukunftsfähig gestaltet sowie die Aufenthaltsqualität deutlich verbessert. Zunächst

wurde im Frühjahr 2024 der See entschlammt. Im Anschluss fand eine Sanierung der Parkwege mit wassergebundener Decke statt. Die südöstlich gelegene Plattform wurde erneuert und ist nun stufenlos erreichbar. Von ihr aus genießt man, so heißt es weiter, den besten Blick auf die Seerosen, welche die Arbeiten am See unbeschadet überstanden haben. Zum Verweilen laden auch die neuen Sitzstufen am gegenüberliegenden Ufer ein. Einzelne Absperrungen sind allerdings noch erforderlich, um die angesäten Bereiche noch eine Zeit lang zu schützen.